

## Aktiveres Vorgehen gegen Rassismus gefordert

### Die Schweiz vor dem Antirassismus-Komitee der Uno

mri. Genf, 11. August

Die Bundesbehörden müssen eine aktivere Rolle bei der Bekämpfung von Rassismus spielen, hat das Uno-Komitee gegen Rassendiskriminierung (Cerd) am Montag in Genf gefordert. Das 18-köpfige Expertengremium behandelte den Bericht der Schweiz zu ihrer Umsetzung der Antirassismuskonvention, welchen sie als einer der 173 Vertragsstaaten der Konvention periodisch vorlegen muss. Das Komitee wird seine vollständigen Empfehlungen am kommenden Freitag veröffentlichen.

#### Der Bundesrat muss den Ton angeben

Ein Experte des Komitees hielt fest, dass die Schweiz jedes Mal, wenn etwas entdeckt werde, das der Konvention widerspreche, dies damit zu rechtfertigen versuche, dass es vom Volk so gewollt werde. Die Zentralregierung müsse den Ton angeben und als Avantgarde wirken, damit sich die Meinung über Rassendiskriminierung bei Volk und Kantonen ändere, forderte der US-Amerikaner Pierre-Richard Prosper als Berichterstatter des Komitees. Zuvor hatte die Schweizer Delegation unter Leitung von Christine Schraner Burgener, Vizechefin der Direktion für Völkerrecht, dargelegt, dass der Föderalismus entgegen der Befürchtung des Komitees kein Hindernis für die Anwendung der Antirassismuskonvention sei. Die Kantone und Gemeinden müssten das internationale Recht ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens einhalten. Am Beispiel des Kantons Waadt illustrierte die Delegation die Bemühungen zahlreicher Kantone zur Integration von Ausländern. Entsprechende Erfahrungen auf Gemeinde- und Kantonsebene hätten positive Auswirkungen auf die Politik des Bundes.

Das Uno-Komitee begrüsst, dass es seit dem letzten Bericht der Schweiz 2002 Fortschritte im Schweizer Strafrecht sowie bei der Ausbildung der Polizei gegeben habe. Besorgt erklärte sich das Uno-Gremium hingegen über die Tatsache, dass die Schweiz kein Verbot von Propaganda oder Organisationen kennt, die Rassenhass verbreiten. In diesem Zusammenhang wurde auch die Plakatkampagne der SVP mit dem schwarzen Schaf erwähnt. Das Cerd monierte ausserdem, dass die Schweiz erst 2010 Daten zu ethnisch motivierter Gewalt vorlegen kann. Erörtert wurden weiter das Asyl- und das Ausländerrecht.

#### Weitere Kritikpunkte

Auch die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) sowie mehrere Nichtregierungsorganisationen unter Leitung von [humanrights.ch](http://humanrights.ch) unterbreiteten dem Uno-Gremium ihre Stellungnahmen zum offiziellen Schweizer Bericht. Beide hielten fest, dass sich die fremdenfeindliche Stimmung in der Schweiz in

den letzten Jahren nicht verbessert habe. Als positive Tendenz verwies die EKR auf den 2006 gegründeten Schweizerischen Rat der Religionen sowie auf Fortschritte in der Ausbildung der Polizei im Umgang mit Ausländern. Die EKR wie auch NGO kritisierten hingegen die Unterscheidung in der Ausländerpolitik zwischen EU/Efta-Bürgern und solchen aus anderen Staaten. Letztere würden immer strengeren Regeln unterworfen und litten unter einem Negativ-Image. Die NGO warfen der Schweiz weiter vor, sie habe die Empfehlungen des Cerd von 2002 nicht erfüllt. So hätten etwa ausländische Jugendliche noch immer schlechtere Bildungschancen.